DIE STÜTZE

1. Jahrgang 7. Februar 1990 2/90

Liebe Leser!

Ich wünsche Ihnen einen guten Tag, mit Erlebnissen, die das Herz froh machen und unsere Hoffnung nähren. — „Trotz allem, das Leben ist schön."

Ich freue mich, daß Sie sich Zeit für die 2. Ausgabe unserer „STÜTZE" genommen haben.

Die Gründungsveranstaltung unseres Berliner Behindertenverbandes mit über 400 Teilnehmern, am 13. Januar, fand ein großes Echo in den Medien und eröffnete vielfältige Perspektiven der Zusammenarbeit im In- und Ausland.

Wir bedanken uns bei allen Gästen aus der ganzen DDR und aus Westberlin für Ihren Besuch.

Mit der Veröffentlichung einiger Positionspapiere/Arbeitsprogramme der Arbeitsgruppen, die auf der Gründungsversammlung vorgestellt wurden, wollen wir Sie motivieren, an der Schaffung eines arbeitsfähigen und starken Behindertenverbandes mitzuwirken, der Ihre Interessen vertritt.

Wir stellen uns vor, daß sich in jedem Stadt-/Wohnbezirk mindestens eine Kontaktperson für den Verband findet. Diese sollen Beratungsstellen für alle interessierten Bürger aufbauen, in denen auch die Leute zu erreichen sein werden, die unsere Interessen in der jeweiligen Stadtbezirksversammlung vertreten.

In dieser politisch bewegten Zeit werden die Weichen für unsere nächste Zukunft gestellt. Für die Richtung, in die sie gestellt werden, tragen wir zuallererst die Verantwortung.

Jetzt ist die Initiative jedes einzelnen gefragt.

Befragt die Parteien, prüft ihre Grundsatz-/Partei- und Wahlkampfprogramme, wie sie für ein menschenwürdiges Leben aller arbeiten wollen.

Die tatsächlichen Lebensbedingungen der sozial schwachen Menschen werden Gradmesser für die Qualität ihrer Programme und deren Umsetzung sein. Dazu wird der amtierende Vorstand gemeinsam mit den Arbeitsgruppen Prüfsteine erarbeiten.

In diesem Heft:

Positionen von Arbeitsgruppen

laut nachgefragt

Am Runden Tisch im WF

Behinderte und Gewerkschaften

Infos/Meldungen

Post an uns

Kontaktadressen

Auch die Mitarbeiter des Behindertenverbandes werden an ihrem Einsatz für die schwerstgeschädigten Menschen gemessen. Ich denke, entscheidend für all unsere Aktivitäten ist die Solidarität der Betroffenen untereinander und mit Menschen anderer Länder unserer Erde.

Damit „DIE STÜTZE" auch wirklich Ihre Zeitung wird, erwarten wir Ihre Fragen und Ideen.

Die Informationen und Mitteilungen sollten bitte möglichst kurz formuliert sein.

Alles Gute für diesen heißen Winter
wünscht Ihnen Ihr

Ralph Loell

OHNE LIEBE

PFLICHT	ohne LIEBE macht VERDRIESSLICH
VERANTWORTUNG	ohne LIEBE macht RÜCKSICHTSLOS
GERECHTIGKEIT	ohne LIEBE macht HART
ERZIEHUNG	ohne LIEBE macht WIDERSPRUCH
KLUGHEIT	ohne LIEBE macht GERISSEN
FREUNDLICHKEIT	ohne LIEBE macht HEUCHLERISCH
ORDNUNG	ohne LIEBE macht KLEINLICH
SACHKENNTNIS	ohne LIEBE macht MACHTHABERISCH
MACHT	ohne LIEBE macht GEWALTTÄTIG
EHRE	ohne LIEBE macht HOCHMÜTIG
BESITZ	ohne LIEBE macht GEIZIG
GLAUBE	ohne LIEBE macht FANATISCH
EIN LEBEN	OHNE LIEBE IST SINNLOS

(Aufgestöbert in der Kirche Alt-Pankow. Wer ist der Autor?)

Positionen

AG Menschenwürdiges Wohnen

Krankenhäuser und krankenhausähnliche Einrichtungen können keine Wohnstätte für Behinderte sein!

Wir streben folgende Ziele an:

1. eine Analyse der derzeitigen Situation im sozialen Bereich unserer Stadt
2. verschiedene Wohnformen

2.1. Erarbeitung eines Forderungskataloges für Heime (betreffs u. a. Heimordnung, Kommunikation, personelle Qualifikation)

2.2. integratives Wohnen (Zusammenleben behinderter und nicht behinderter Menschen)

2.3. selbständiges Wohnen

2.4. Kurzzeitwohnformen mit medizinisch-sozialer Betreuung

3. Organisation und Vermittlung von Qualifizierung und Erfahrungsaustausch
4. das Anregen eines ambulanten Pflege- und Hilfsdienstes (z. B. Zivildienst)
5. die Klärung rechtlicher und finanzieller Fragen
6. den Aufbau einer Beratungsstelle für Wohnprobleme Behinderter

Harald Fischer
Feierabendheim „Irene Harloff",
Stavangerstraße 26, Berlin, 1071,
Telefon: 4 78 83 16

AG Arbeit für alle

Arbeit dient dem Menschen zur Persönlichkeitsentwicklung, der Leistungssteigerung, der Erhöhung des Selbstwertgefühls, dem Ausbau des Zusammenlebens in der Gesellschaft und dem Erwerb des Lebensunterhalts.

Das verfassungsmäßige Recht auf Arbeit und die gesellschaftliche Unterstützung für Behinderte und deren Angehörige müssen weiter inhaltlich ausgestaltet werden. Sie dürfen nicht durch soziale Leistungen allein ersetzt werden (z. B. die zur Zeit nicht einmal ausreichende Rente).

Es sind folgende Grundforderungen zu erfüllen:

Gleichstellung der Behinderten in der Aus- und Weiterbildung und der Umschulung gegenüber den Nichtbehinderten.

Sicherung von qualifikations- und leistungsgerechter Arbeit.

Gesetze und Verordnungen für Behinderte müssen in ihrer Verbindlichkeit konkreter sein, damit sie die Chancengleichheit gewährleisten und Ungerechtigkeiten ausschließen.

Erweiterung der gesetzlichen Regelungen, um die Betriebe und Einrichtungen stärker zur Schaffung von adäquaten Arbeitsplätzen zu veranlassen.

Das setzt eine wirksame Kontrolle der Durchsetzung und Einhaltung der Gesetze und Verordnungen durch die zuständigen Organe und Verbände voraus.

Wenn durch Öffentlichkeitsarbeit und materiellen Anreiz für die Betriebe jeder davon ausgeht, daß jeder Behinderte arbeiten kann, wenn nur die richtigen Voraussetzungen geschaffen sind, dann wird der Behinderte beim Recht auf Arbeit nicht mehr ausgegrenzt.

Arbeitsgebiete der Arbeitsgruppe in Zusammenarbeit mit Betrieben und Wissenschaftseinrichtungen sind:

— Welche Berufe und Arbeiten werden in langer Sicht benötigt?

— Für welche Behinderungsgruppe sind die Arbeitsplätze besonders gefährdet?

— Überprüfung der Aus-, Weiterbildungs- und Umschulungsmöglichkeiten. Was muß auf diesem Gebiet geschaffen werden?

— Welche Gesetze und Verordnungen sind aktuell? Was muß überarbeitet und was muß geschaffen werden?

Gesine Wilhelm
Allee der Kosmonauten 202, Berlin, 1140,
Telefon: 5 42 49 27 (p)

Arbeitsgruppe „Bildung für alle"

(Die nachfolgenden Positionen stimmen mit denen des Arbeitskreises „Integration Behinderter" der „Volksinitiative Bildung" überein.)

Eine neue Konzeption für das Bildungswesen muß den bisherigen Bereich der Sonder- und Rehabilitationseinrichtungen mit einschließen. Veränderungen in diesen Bereichen dürfen nicht losgelöst von strukturellen und inhaltlichen Wandlungen des Gesamtsystems Bildung vorgenommen werden.

Die inhumane Praxis der Aussonderung von Kindern mit Behinderung in Sondereinrichtungen führt zu Isolation, Diskriminierung und Wirklichkeitsverlust auch bei Menschen ohne Behinderung. Die konsequente Durchsetzung des Verfassungsgrundsatzes „Gleiches Recht auf Bildung für alle" verlangt künftig die Ergänzung: Jedes Kind hat das Recht auf Integration!
Folgende Punkte sind uns besonders wichtig:

1. Das Prinzip der Integration muß immanenter Bestandteil einer neuen Bildungskonzeption sein.

2. Kurzfristig müssen Modellversuche zur Integration begonnen werden.
Eltern, Praktiker und Wissenschaftler müssen Träger dieser Konzepte sein.

3. Die Problematik von Menschen mit Behinderung und Entwicklungsauffälligkeiten muß in der Aus- und Weiterbildung von Pädagogen und in allen Lehrplänen enthalten sein.

4. Öffentlichkeitsarbeit muß auf allen Ebenen stattfinden — sonst hat der Integrationsgedanke keine Chance.

5. Die Störung der interdisziplinären Zusammenarbeit durch die formale Trennung der Zuständigkeit von Gesundheitswesen und Volksbildung muß überwunden werden.
Maßstab muß die Individualität des einzelnen Kindes sein.

Mike Weimann

AG Reisen/Erholung

Der gegenwärtig bestehende Zustand nicht ausreichender Urlaubs- und Erholungsmöglichkeiten ist zu überwinden. In der neuen gesellschaftlichen Konzeption sind für den Tourismus und die Gesundheits- und Sozialpolitik alle Voraussetzungen zu schaffen, daß behinderte Bürger unseres Landes ein ausreichendes Angebot von *Reisen, Kuren* und *Erholungen* wahrnehmen können. In der weiteren Arbeit stehen folgende Schwerpunktaufgaben im Mittelpunkt:

1. Schaffung gesetzlicher Grundlagen und damit rechtlicher Regelungen, daß *Behinderte aller Schädigungsgruppen* ausreichende Kapazität in Kur- und Erholungseinrichtungen erhalten.

2. Durch das Ministerium für Touristik, das Reisebüro der DDR, das Reisebüro „Jugendtourist" und den Feriendienst der Gewerkschaften sind Voraussetzungen und Bedingungen für genügend behindertengerechte Urlaubseinrichtungen im In- und Ausland zu schaffen.
   Für die kurzfristig realisierbaren Aufgaben werden folgende Probleme benannt:
   - — daß der Behindertenverband in den gesellschaftlichen Beiräten, Arbeitsgruppen u. ä. bei den für Reisen und Erholung zuständigen Einrichtungen mitarbeitet;
   - — daß die Angebote zur Erholung von Behinderten wie z. B. in Bad Saarow und am Werbellinsee genutzt werden können;
   - — daß der FDGB-Feriendienst dem Behindertenverband zusätzliche Urlaubsplätze für das Jahr 1990 und danach anbietet;
   - — daß z. B. das Ministerium für Gesundheitswesen notwendige Subventionen zur Unterstützung von Reisen und Erholungsmöglichkeiten bereitstellt;
   - — daß das Kontingent prophylaktischer Kuren offengelegt und mit dem Behindertenverband eine zielgerichtete Verbesserung der Vergabepraxis eingeleitet wird;
   - — daß bestehende technische und auch bürokratische Hindernisse in der Vorbereitung und Durchführung von Reisen (Antragstellung, Unterbringungs- und Transportmöglichkeiten, Mitnahme von notwendigen Betreuern, ärztliche Betreuung usw.) schnellstens zu überwinden sind. Dazu ist z. T. nur die Grundeinstellung zu Behinderten zu verändern.
   - — Durch das Ministerium für Touristik ist ein Angebotskatalog für behindertengerechtes Reisen auszuarbeiten. Alle notwendigen Angaben für die Gestaltung eines behindertengerechten Urlaubs im Inland sind darin aufzuführen.

Die Verantwortlichen des Ministeriums für Verkehr sind aufgefordert, Maßnahmen für ein behindertenfreundliches Reisen mit den öffentlichen Verkehrsmitteln einzuleiten (DR, S-Bahn, Straßenbahn, Bus, Flugzeug usw.).

Karlheinz Kränke
Oberspreestraße 60, Berlin, 1190,
Telefon: 6 30 22 22 (p),
6 34 24 75 (d)

Medizinischer Beirat

Der medizinische Beirat sieht die Zuständigkeit des Behindertenverbandes für Personen, für die die Definition der WHO **Behinderung** (handicap) zutreffend ist, und deren Angehörige und Freunde.

Die Arbeitsgruppe hat die Aufgabe der Beratung zu Fragestellungen, die durch die Tätigkeiten in anderen Arbeitsbereichen entstehen.

Durch Auswertung der eingegangenen Post soll ein Problem- und Forderungskatalog erstellt werden.

Besonderes Augenmerk wird auf die Verbesserung der medizinischen und sozialen Betreuung Geschädigter gelegt. Dazu ist eine enge interdisziplinäre Zusammenarbeit mit anderen Praxis- und Wissenschaftsbereichen, z. B.:

— Orthopädiehandwerk,
— Bildungswesen,
— Soziologie,
— Rechtsberatungen usw.

geplant.

Konkrete Aufgabenstellungen werden möglichst schnell bearbeitet.

Dr. Annalena Schmidt
Tel.: 2 11 18 13 (p), 3 40 01 12, App. 647 (d)
Fischerinsel 10/19.12, Berlin, 1020,

Arbeitsgruppe „Bauwesen und Verkehr"

I. Öffentliche Bauten, Einrichtungen, Verkehrsmittel müssen wirklich für die *gesamte* Öffentlichkeit zugängig und nutzbar sein; auch als Arbeitsstätten.

II. Sonderlösungen dürfen nicht das Leben der einen von dem der anderen absondern.

In diesem Sinne wollen wir gemeinsam mit allen anderen AG die gesamte Öffentlichkeit sensibilisieren und als Gruppe konkret mit Städtebau-/Verkehrsplanern, den planpolitisch Verantwortlichen (örtliche Organe), Architekten, Projektanten zusammenarbeiten.

Aus der gemeinsamen Beratung heraus arbeiten je einige AG-Mitglieder längerfristig an jeweils verschiedenen Projekten und Problemen:

— Stellungnahme zu einer Vorschrift der Staatl. Bauaufsicht über „Mindestforderungen für bauliche Maßnahmen für Menschen mit Behinderungen". Wenn diese Vorschrift (spätestens ab Ende März) verbindlich ist, wird es Aufgabe unserer AG (und ähnlicher AGs überall im Land) sein, entsprechende Kontrollarbeit mit wahrzunehmen. Ebenso wollen wir mitarbeiten bei der Neufassung und beim Verbindlichmachen weiterer, differenzierterer Planungs- und Projektierungsrichtlinien.

— Wir bemühen uns um Rollstuhlzugängigkeit vieler Unterkünfte, *aller* Funktionsbereiche, aller Freiflächen im „Kursanatorium Waldfrieden" (Wandlitz), gemeinsam mit dem zuständigen Architekten des Gesundheitsministeriums (Begehungen).

— Für den Berliner Raum überprüfen wir „Serienerzeugnisse des komplexen Wohnungsbaus" des WBK und IHB (Ingenieurhochbau Berlin) und drängen auf die Entwicklung besserer Projekte (für den Wohnungs- und Wohnheimbau, bei Gast-, Kultur-, Einkaufs-, Arbeitsstätten).

— Bereits bestehende Angebote verschiedener Projektierungseinrichtungen (Sportbauten, Verkehrsministerium) zur Kontaktaufnahme bzw. Konsultation wollen wir wahrnehmen, je nach weiterem Zulauf und besseren Arbeitsmöglichkeiten unserer AG (Arbeitsräume, Telefon, Finanzmittel).

— Die bislang katastrophale Beförderungsituation für Rollstuhlfahrer (in Ostberlin zwei B 1000-Taxis auf mehrere tausend Nutzer) muß geändert werden. Jeden, der hier helfen will (VEB Taxi, private Interessenten), wollen wir unterstützen (Erfahrungsaustausch), wenn er gewährleistet:

1) tags und nachts Spontan- und Vorbestellung, über *eine* zentrale Telefonnummer (mit ausreichend vielen Warteschleifen),
2) Tarif — nicht schlechter als der jeweils beste im Stadtgebiet (der jetzige muß wesentlich verbessert werden!),
3) Abholen und Bringen von der / zur Wohnungstür,
4) überprüfbare Gewährleistung, daß alle einsetzbaren Fahrzeuge bei Bedarf stets sofort eingesetzt werden (nicht für andere, evtl. profitablere Fuhrgeschäfte unterwegs sind).

Anton-Saefkow-Platz 12, W. 5/3
Hans-Reiner Bönning
Berlin, 1156
Tel. (p): 3 72 61 64

AG Öffentlichkeitsarbeit

1. Die AG Öffentlichkeitsarbeit hat gewissermaßen Dienstleistungsfunktionen für alle anderen Arbeitsgruppen (und zukünftig auch für den gewählten Vorstand) zu erfüllen. Ihnen allen muß sie Kontakte zu den Medien (Printmedien, Funk, Fernsehen) vermitteln.
2. Innerhalb der AG, die personell nicht stärker als 5 bis 8 Personen zu sein braucht, knüpft jedes Mitglied Kontakte zu konkreten Redaktionen. Diese Kontakte werden auch vom jeweiligen Mitglied gepflegt und weiterentwickelt.
3. Die AG-Mitglieder nutzen ihre Kontakte in zweierlei Hinsicht:
   — indem sie eigene Beiträge in diesen Medien publizieren (das dient u. a. der eigenen Profilierung),
   — indem sie allen Mitgliedern anderer Arbeitsgemeinschaften (insbesondere deren Sprechern) und dem Vorstand u n e i g e n n ü t z i g Möglichkeiten vermitteln, ihre Gedanken, Kritiken, Vorschläge usw. über die Medien an die Öffentlichkeit zu bringen.
4. Die AG versucht, DIE STÜTZE zu einem regelmäßigen Publikationsorgan zu machen, das den Interessen der Behinderten verpflichtet ist. Ob DIE STÜTZE direkt als Verbandsorgan erscheint oder unabhängig von ihm, wird die Zukunft zeigen.
5. Diese Aufgabenstellung der AG Öffentlichkeitsarbeit verlangt engste Zusammenarbeit mit allen anderen Arbeitsgemeinschaften und mit dem Vorstand.
6. Aus Effektivitätsgründen ist anzustreben, daß eigene Kontakte zu Presseorganen, die in anderen AG existieren oder sich herausbilden, mit der AG ÖA abgesprochen werden, insbesondere dann, wenn es zu Veröffentlichungen kommt.

Dr. Ilja Seifert

Sozialstaat – für wen?

In der ersten Ausgabe der STÜTZE war es angekündigt — mancher meint, „angedroht" —, wir werden laut nachfragen: Wie steht es denn um das Einlösen von Zusagen und Versprechungen?
Diesmal und als erstes, weil es elementare Bedürfnisse unserer etwa 1,5 Millionen Betroffenen angeht, betrachten wir, wie es nach nunmehr drei Monaten DDR-Perestroika um die soziale und ökonomische Absicherung steht. Um es vorweg zu nehmen, es hat sich so gut wie nichts getan.
Wir Behinderte und deren Angehörige haben nie behauptet, daß in 40 Jahren „Sozialismus in den Farben der DDR" für uns nicht gesorgt wurde. Aber eben nur auf einem Niveau, das kaum über den Grundbedarf hinausgeht. Nehmen wir als Beispiel die Pflegesätze: 20, 40, 60, 80 Mark; Sonderpflegegeld — 120 bzw. 180 Mark. Dafür muß so manche Mutter oder Ehefrau zu Hause bleiben.
Was haben wir nicht alles gehört vom Gesundheitsminister (Erhöhung des Anteils aus dem Staatshaushalt für soziale Zwecke von 5 auf 15 Prozent), von den verantwortlichen Stadträten Berlins, vom FDGB, von der CDU, der FDJ, um nur einige zu nennen, über die Notwendigkeit, „unsere Behinderten" besserzustellen. Konkretes gibt es nach wie vor nicht, zumindest nicht in Mark und Pfennig.

Zum x-ten Mal wiederholen wir darum unsere Forderungen:

— Anhebung der Pflegesätze;
— Gleichstellung der Angehörigen, die einen erwachsenen Behinderten pflegen, mit den Müttern und Vätern, die ein schwerstgeschädigtes Kind unter 18 Jahren betreuen;
— Erhöhung der Mindestrenten und Zahlung von zwei Renten, wenn Anspruch darauf besteht;
— Erhöhung des Kinderzuschlages zu den Renten;
— Berechnung der Zuschüsse nach dem *Netto*einkommen;
— ein Kontingent freier Taxifahrten;
— Schaffung eines telebusähnlichen Personenbeförderungssystems;
— vorrangige Versorgung mit Telefonanschlüssen ohne Installationsgebühren.

Realisten, die wir sind und immer waren, haben wir, in die Zukunft blickend, keine Illusionen. Mit der notwendigen Änderung der Subventionspolitik kommt auch auf uns einiges zu. Als erstes ist Kinderbekleidung nicht mehr subventioniert, das trifft auch uns. Ob die 45 oder 64 Mark Ausgleichszahlung bei jedem ausreichen, wagen wir zu bezweifeln. Es werden folgen: Mieten, Fahrpreise, Strom- und Gastarife ...

Wir erwarten, daß wir hier unbürokratisch besonders berücksichtigt werden. Nicht, daß ein Behinderter, der ein paar Quadratmeter mehr Wohnraum hat, noch durch eine Unterbelegungsabgabe, oder wie auch immer das heißen mag, bestraft wird. Der Problemkatalog ließe sich fortsetzen.

Zum Abschluß noch eine persönliche bittere Erfahrung. Bei einem Gespräch im Kreis von Leuten, die ein hohes Gehalt und dazu immer noch 250 bis 1000 Mark abgabenfreie Aufwandsentschädigung monatlich erhalten, warf ich ein: Vergeßt nicht das bisher totgeschwiegene Drittel der Bevölkerung, das es auch bei uns gibt — Mindestrentner, Behinderte, alleinerziehende Kinderreiche ... Antwort: „Die stauben doch ganz schön ab — Pflegegeld, Kohlengeld, Wäschegeld, Mietzuschuß und sonstiges."

Mir verschlug's erst einmal die Sprache. Dann kam mir der lästerliche Gedanke: Wer entschädigt uns eigentlich für jahrzehntelange Unterversorgung?

Wie sagt der Volksmund? Beim Geld hört die Freundschaft auf. Und was fordern Hellersdorfer Bauarbeiter auf einem großen Transparent: Einheitliches Sozialrecht für alle Schichten der Bevölkerung!

Dem ist nichts hinzuzufügen.

Martha Bogdanski

VEB Werk für Fernsehelektronik Berlin

Behinderte am Runden Tisch im Betrieb

Am 17. 1. 1990 fand in meinem Betrieb, dem VEB Werk für Fernsehelektronik Berlin, die zweite Zusammenkunft des Runden Tisches statt. Dazu waren alle alten und neuen Parteien, Bewegungen und Initiativen eingeladen.

Da sich am Sonnabend, dem 13. 1., die Berliner Initiativgruppe zur Bildung des Behindertenverbandes konstituiert hatte, und durch Anregung unserer Zeitung DIE STÜTZE 1/90, habe ich mich als behinderter Werktätiger für diesen Runden Tisch gemeldet und um Teilnahme gebeten. Dieser Bitte wurde stattgegeben, und so saß ich um 16.00 Uhr mit je einem Vertreter des Neuen Forums, von SED-PDS, SPD, Vereinigter Linke, CDU, AG Betriebsökologie, Initiative unabhängige Gewerkschaften sowie dem Betriebsdirektor, zwei Vertretern der BGL, von Betriebsfunk und Betriebszeitung am WF-Runden Tisch.

Ich sprach zu folgenden Fragen und Problemen von Behinderten im Arbeitsprozeß:

— Gibt es eine Übersicht über die Anzahl der Behinderten im Betrieb?
— Welche Abteilungen bzw. Arbeitsgruppen beschäftigen sich mit den Problemen Behinderter im Betrieb?
— Wie viele und welche behindertengerechte Arbeitsplätze gibt es?
— Wie wird das Recht auf Arbeit bei künftigen Rationalisierungsmaßnahmen gewährleistet?
— Ist die Essenversorgung (auch in den WF-Außenstellen) für die dort arbeitenden Behinderten gewährleistet?
— Gibt es an den Arbeitsstellen Behindertenparkplätze (soweit erforderlich)?
— Wird künftig als Kriterium für die Vergabe von kostenlos vorbeugenden Erholungsaufenthalten auch die Behinderung aufgenommen?

Auf einige dieser Fragen wurde mir durch BGL und Betriebsdirektor sofort geantwortet. Alle unbeantworteten Fragen werden als Fragenkatalog eingereicht.

Bei diesem Runden Tisch hatte ich folgendes Problem, welches ich den Lesern zur Diskussion stellen möchte. Eigentlich habe ich ja nur in meinem eigenen Namen gesprochen, da die Behinderten im Betrieb in der Kürze der Zeit nicht um ihre Meinung befragt werden konnten. Um in Zukunft diesem Problem aus dem Wege zu gehen, will ich in die Betriebszeitung einen Aufruf bzw. eine Information einbringen, ob eine solche Interessenvertretung im WF von den Behinderten überhaupt gewünscht wird oder nicht.

Lutz Dürichen

Behinderte und Gewerkschaften

Das am Wochenende vom 12. bis 14. 1. 1990 tagende Vorbereitungstreffen für den außerordentlichen FDGB-Kongreß war für mich als arbeitender Mensch im Rollstuhl eine willkommene Gelegenheit, durch die persönliche Teilnahme auf Probleme aufmerksam zu machen, die sich auf Grund der allgemeinen Krisensituation gerade bei uns, den Behinderten, mit aller Härte niederschlagen. Ich beteiligte mich am Arbeitskreis „Soziale Sicherheit". Mit Beginn der Beratung wurde sichtbar, daß es nach den alten Methoden der Versammlungsleitung wieder nur zu einer Frage-Antwort-Beziehung zwischen der Basis und der Leitung kommen würde. Das führte dazu, daß Kollegen dem Auditorium ihre Sorgen und Nöte vortrugen, ohne dabei auf analytischer Grundlage Strategien zu entwickeln, die zur Überwindung der Krise beitragen könnten.

Angesichts der nicht zu übersehenden Tatsache, daß es mit dem bloßen Aufzählen von noch so vielen Verstößen gegen die allgemein als überwunden geglaubten Probleme der Arbeitswelt nicht getan sein kann, bat ich um das Wort. Ich lenkte die Aufmerksamkeit des Arbeitskreises auf die Probleme behinderter Menschen in unserem Land, indem ich fragte:

1. Ob sie sich vorstellen können, daß sich ihre Probleme (gemeint sind die der Nichtbehinderten) entsprechend der Behinderung vervielfachen?
2. Ob sich nicht durch eine Orientierung der Gesellschaft auf die Belange der schwächsten Menschen im Hinblick auf die Verbesserung ihrer sozialen Lage auch die soziale Lage der anderen Menschen verbessern müßte?

Mehrere Beispiele über die materiell-technische Versorgung von Behinderten in unserem Land sowie der Hinweis auf die Mitverantwortung des FDGB bei der speziellen Gesetzgebung untermauerten meine Darstellungen. Den Leitern dieser Veranstaltung konnte ich an Hand der architektonischen Gegebenheiten im Objekt Bernau den Vergleich zwischen Behindertenfreundlichkeit und dem sichtbaren Gegenteil darbieten und auf diese Weise daran erinnern, daß der FDGB erst dann mit Erfolg die sozialen Interessen aller arbeitenden Menschen vertritt, wenn er auf seinen Territorien (z. B. in Ferienobjekten) und in seinen Verantwortungsbereichen die notwendige Hinwendung zum sozial Schwachen vollzieht.

In diesem Sinne halte ich eine Zusammenarbeit für beide Seiten dringend erforderlich.

Gerd Hartmann

(P. S.: Uns wurde zugesagt, daß der Autor und weitere Vorstandsmitglieder auf dem Kongreß sprechen können. — d. Red.)

Immer neu wird das traditionelle Vorurteil von der Aussonderungsbedürftigkeit von Kindern mit Behinderungen aufgebaut, immer neu werden für viele Kinder mit Behinderungen ungefragt und unwiderruflich die Weichen für das ganze Leben gestellt.

Das neue Bildungsgesetz muß dies berücksichtigen. Der Behindertenverband verlangt, daß ihm der Gesetzentwurf rechtzeitig zur Diskussion vorgelegt wird.

Ohne kompetente Kritik der Betroffenen geht es nicht.
Schluß mit jahrzehntelanger Bevormundung!

AG Bildung für alle

Infos / Meldungen

Auf der Gründungsveranstaltung des Berliner Behindertenverbandes am 13. 1. 1990 wurde die Bildung einer weiteren Arbeitsgruppe beschlossen: **Kommunalarbeit.**

Leiter der AG und damit amt. Vorstandsmitglied:
Bernhard Zacher, Rostocker Straße 8, Berlin, 1095 (Tel.: 3 22 84 23).

*

Sport für Körperbehinderte jeden Dienstag in der Turnhalle der Geschwister-Scholl-Oberschule, Eisenacher Straße 123 (Ecke Otto-Buchwitz-Straße), Berlin-Marzahn.

Gymnastik, Ballspiele, Muskeltraining: jeder nach seinen Möglichkeiten.

Die Turnhalle ist für Rollstuhlfahrer geeignet.

Pkw-Parkmöglichkeiten direkt auf dem Schulhof.

Übungsleiter: **Kyra Barthel** (Tel.: 4 88 73 12, d.).

*

Anläßlich der Kartenvergabe für das 6-Tage-Rennen der Radsportler in Berlin (West) veranstaltete das DEUTSCHE SPORTECHO vor der Werner-Seelenbinder-Halle am Samstag, dem 20. 1. 1990, eine **Spendensammlung** zugunsten behinderter Kinder. Es kam eine Summe von **1879,04 Mark** zusammen. Danke!

*

Ab März 1990 berücksichtigt das Informationsblatt WOHIN IN BERLIN? die Belange von Rollstuhlfahrern. Zur weiteren Vervollkommnung der Aussagefähigkeit ist jeder Betroffene aufgerufen, der Redaktion Angaben über weitere zugängige öffentliche Gebäude zuzusenden.

*

Eine neue Auflage des Informationsheftes BEHINDERTENFÜHRER Berlin erschien vor wenigen Wochen. Es ist zum Preis von 3,— M erhältlich. Auch hier sind die Herausgeber an Angaben zu weiteren zugängigen Gebäuden interessiert.

*

Richard Stahl, Leninallee 235, Berlin, 1092, bittet uns, Auszüge aus zwei UNO-Resolutionen zu veröffentlichen, die „man ... vor uns geheimhielt". Leider reicht dazu unser Platz nicht. Aber wir veröffentlichen gern den Literaturhinweis: Karl-Ludwig Holtz (Hrsg.): **„War's das? — Eine Bilanz zum Jahr der Behinderten"**, G. Schindele Verlag GmbH, Heidelberg 1982. Darin enthalten:

- Auszug aus der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der Behinderten (Resolution vom 9. 12. 1975)
- Aus der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der geistig Behinderten (Resolution 2856 [XXVI]/c vom 20. 12. 1971)

*

Am 2. Februar-Wochenende findet in Rostock ein erstes republikweites Treffen von Vertretern des sich von unten bildenden Behindertenverbandes statt. Dieser Verständigung soll ein ähnliches Treffen in Berlin folgen, das voraussichtlich im März einberufen wird. Dort können dann vielleicht schon die Weichen für eine Gründungs-Delegiertenkonferenz gestellt werden?

In diesen Tagen vervielfältigen wir den umfangreichen Statutenentwurf, den die Arbeitsgruppe Rechtsfragen um Jürgen Demloff erstellte. Wir versuchen, ihn möglichst weit zu verbreiten, damit eine **umfassende Diskussion** möglich ist. Die Autoren halten eine mindestens zweimonatige Diskussionsphase für erforderlich, damit alle Aspekte angemessen berücksichtigt werden können.

*

Seit Donnerstag, dem 11. 1. 1990, ist der Berliner Behindertenverband mit Sitz und Stimme am **Berliner Runden Tisch** vertreten. Angesichts des komplizierten Aufnahmeverfahrens halten wir es für einen großen Erfolg unserer Verhandlungsdelegation, die anderen Teilnehmer von der Notwendigkeit überzeugt zu haben, daß wir Behinderten uns selbst vertreten und daß wir zu allen wichtigen Fragen der zukünftigen Entwicklung zu Rate gezogen werden müssen. Jetzt gilt es, durch aktive Antragspolitik Einfluß auf die weitere Entwicklung zu nehmen. Absprachen mit dem Blinden- und Sehschwachen- sowie mit dem Gehörlosen- und Schwerhörigenverband zur Wahrnehmung gemeinsamer sozialer Interessen sind bereits angebahnt.

*

Der Berliner Fernsehturm ist ab 1. 2. 1990 für je zwei Rollstuhlfahrer bzw. Schwerstbehinderte mit jeweils 2 Begleitpersonen bis zur Aussichtsplattform nutzbar. Das ist das Ergebnis eines Lokaltermins, den das NEUE DEUTSCHLAND im Dezember 1989 mit Vertretern unseres Verbandes durchführte. Damit keine Wartezeiten für die Rollstuhlfahrer entstehen, sollten sie sich vorher telefonisch anmelden (Tel.: 2 12 33 33).

*

In der Kinderrepublik am Werbellinsee werden in diesem Sommer erstmalig vom 13. bis 26. 8. 1990 rund 150 körperbehinderte Kinder Ferien verbringen können. Nach diesem Durchgang wird geprüft, wie diese Möglichkeit auch geistig behinderten Kindern erschlossen werden kann.

*

In den kommenden Wochen wird die Baracke der ehemaligen Bildungsstätte der SED-PDS in der Grünauer Straße 7 (nahe S-Bahnhof Schöneweide) nach und nach von der Arbeitsgruppe Reisen/Erholung/Kultur/Sport unseres Verbandes genutzt. Rampenauffahrten für Rollstuhlfahrer werden kurzfristig angebracht. In Zukunft kann sich der Ort auch zu einem Treffpunkt vor allem für Treptower und Köpenicker Behinderte entwickeln. Entsprechende Konzeptionen sind in Erarbeitung (Tel.: 6 35 11 13).

Öffnungszeiten: jeden Dienstag von 16.30 bis 19.30 Uhr,
jeden 4. Samstag im Monat von 9.00 bis 12.00 Uhr.

*

Am Dienstag, dem 27. 2. 1990, 16.00 Uhr, wird der Vorstand des Berliner Behindertenverbandes in der o. g. Baracke, Grünauer Straße 7, ein Forum über **sozialpolitische Grundsätze** abhalten. Eingeladen sind die im **Förderkreis** zusammengefaßten „alten" Parteien und Organisationen ebenso wie **alle neuen demokratischen Parteien und Organisationen,** die bereit sind, politische Verantwortung in der DDR zu übernehmen. Zunächst werden wir einige grundsätzliche Aussagen über die Erfordernisse moderner Sozialpolitik treffen. Anschließend bieten wir den Vertretern Gelegenheit, sich Auskünfte über das Leben von Menschen mit Behinderungen einzuholen. Medienvertreter sind eingeladen!

Parallel zur Berliner Gründungsveranstaltung konstituierte sich am 13. 1. 1990 auch der Bezirksverband Potsdam. **Rainer Kluge**, der gewählte Vorsitzende, informierte uns davon, daß rund 150 Vertreter aus allen Teilen des Bezirks anwesend waren. Zum Teil vertraten sie Klubs und Initiativgruppen ihrer Kreise. Einige Exemplare der STÜTZE 1/90 standen den Delegierten zur Verfügung.

*

Am Donnerstag, dem 18. 1. 1990, trafen sich in Leipzig-Grünau rund 350 Behinderte aus verschiedenen Initiativgruppen, um sich zusammenzuschließen. Genauere Angaben lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor, aber wir laden die Vertreter dieser starken Gruppe ein, sich mit eigenen Beiträgen an der STÜTZE zu beteiligen.

*

Am Mittwoch, dem 24. 1. 1990, tagt der Volkskammerausschuß für Gesundheits- und Sozialwesen. Der Ausschußvorsitzende, Prof. Dr. Brückner, ludt den amt. Vorsitzenden des Berliner Verbandes dazu ein. Obwohl im Berliner Vorstand weitgehend Einigkeit darüber herrscht, daß unsere Probleme nicht allein aus der Sicht des Gesundheits- und Sozialressorts gelöst werden können, wird Dr. Ilja Seifert der Einladung folgen und dort unsere Sicht einbringen. Unter anderem steht der Entwurf des **Zivildienstgesetzes** zur Debatte, das für uns von besonderem Interesse ist.

*

Interessenten für das Projekt **Spielen und Lernen für geistig Behinderte mit dem Computer** können sich melden bei: Dieter Hoßbach, Elisenhofstraße 22, Neuenhagen, 1272.

*

Der Berliner Klub der Mittzwanziger „Impuls", Czarnikauer Straße 19/20, veranstaltet jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat eine **Diskothek für Behinderte und Nichtbehinderte** (jeweils 19.00 bis 23.00 Uhr).

*

Der Wohngebietsklub in der Wilhelm-Pieck-Straße 158 (rollstuhlzugängig) bietet unter dem Motto „Begegnung" jeden letzten Samstag im Monat eine Kulturveranstaltung für Behinderte und Nichtbehinderte an. Nächste Termine (jeweils von 16.00 bis 20.00 Uhr):

27. Januar:	Pantomimeprogramm mit Herrn Posselt
24. Februar:	Lesung mit Musikbegleitung (Glücks-Pilz-Lesung-Vergiftungserscheinung)
24. März:	Zauberei mit Wolfgang
21. April:	„Wir mit uns" (Kabarettprogramm)
26. Mai:	Schriftsteller im Gespräch (mit Lesung)

*

Der Berliner Behindertenverband wird gegenwärtig von einem amtierenden Vorstand geleitet, zu dem sich der Sprecherrat am 9. Januar umbildete. Gewählt wurden:

- zum amt. Vorsitzenden:
  Dr. Ilja Seifert, Leipziger Straße 54, Berlin, 1080 (Tel.: 2 29 67 70 p.)
- zu stellv. Vorsitzenden:
  Kay Kriegel, Fischerinsel 4/3.2, Berlin, 1020 (Tel.: 2 12 49 57 p.)
  Ralph Loell, Georg-Benjamin-Straße 47, Berlin, 1115 (Tel.: 3 49 60 45 p.)
  Regina Reichert, Buggenhagenstraße 21, Berlin, 1156
  (Tel.: 3 75 13 49 p., 2 80 51 12 d.)

Aus Gründen der Operativität hat die Arbeitsgruppe „Menschenwürdiges Wohnen“ seit Mitte Januar neben Harald Fischer einen zweiten Sprecher:
Peter Kramer (bei Schröder), Christinenstraße 11, Berlin, 1054.

*

Der Vorstand dankt allen, die uns bei der Durchführung der Gründungsveranstaltung am 13. 1. 1990 halfen:

- Körperbehindertenschule „Dr. Georg Benjamin“
- Bezirkskomitee des DRK
- Volkspolizei
- Schüler der 41. POS „Lieselotte Welskopf-Henrich“, Berlin, 1156
- Schüler der 47. POS „Robert Korb“, Berlin, 1130
- Schüler der EOS „Immanuel Kant“, Berlin, 1134
- Schüler der BBS „Walter Husemann“, Berlin, 1136

*

Für Sachspenden, die uns bei der Gründungsveranstaltung überreicht wurden, danken wir

- dem Zentralvorstand des Blinden- und Sehschwachenverbandes
- der SED-PDS Berlin
- Günter Plänitz (Lebenshilfe e. V., Berlin [West])

*

Spenden für den Berliner Behinderverband können ab sofort auf die Konten Nr.: 6651 - 34 - 307 (Mark der DDR)
oder: 6651 - 50 - 30010 (Valuta)
eingezahlt werden.

Wir danken für jeden Beitrag im voraus.

Aus der Post an uns:

Seit der Veröffentlichung der Berliner Kontaktadresse und erst recht seit der STÜTZE 1/90 erreichen uns unzählige Briefe aus allen Teilen der DDR, auch aus Berlin (West). Diese Zuschriften machen uns Mut. Sie enthalten Vorschläge, legen eigene Erfahrungen dar, stellen Forderungen auf, nicht selten sind in ihnen tragische Einzelschicksale geschildert. Wir versuchen, diese wichtigen Anregungen vor allem in der Tätigkeit unserer thematischen Arbeitsgruppen zu berücksichtigen. Häufig stoßen wir auf die Schwierigkeit, daß in einem Brief Probleme angeschnitten werden, die mehrere Arbeitsgruppen betreffen. Solange die Aufgaben ausschließlich ehrenamtlich und unentgeltlich gelöst werden müssen, bleibt es unmöglich, auch nur die mindesten Regeln des Anstands einzuhalten. In diesem Falle heißt das, daß wir nicht einmal gewährleisten können, daß jeder eine Eingangsbestätigung, geschweige denn eine detaillierte Antwort erhält. Dafür bitte ich im Namen des Berliner Behindertenverbandes in aller Form um Verständnis.

Trotzdem: schreibt weiter! Wir benötigen Eure Erfahrungen! DIE STÜTZE möchte der Diskussion unter Behinderten und deren Angehörigen und ständigen Helfern breiten Raum widmen. Natürlich können wir die meisten Briefe nur in sehr kurzen Ausschnitten zitieren. Aber wir bemühen uns, das Wesentliche zu erfassen. Selbst wenn die Redaktion anderer Meinung sein sollte, werden wir Vorschläge veröffentlichen. Wichtig sind uns Antworten, Pro und Contra. Nur dadurch kann unser gemeinsames Wissen anwachsen. Und es wird zum allgemeinen Konsens, wenn die Debatten öffentlich geführt werden.

Auch wenn wir gerade erst in der Gründungsphase des Behindertenverbandes sind, ist öffentliche Kritik erforderlich. Schreibt uns also bitte auch, was Euch an unserer Arbeit nicht gefällt, mag das den Umgangston betreffen oder die grundsätzliche Ausrichtung unserer Organisation, mag es sich um Eurer Ansicht nach fehlerhafte Einzelentscheidungen handeln oder um faule Kompromisse, mag der gesamte Vorstand betroffen sein oder ein einzelnes Mitglied. Ich fürchte mich nicht vor Kritik, sondern vor dem Schweigen oder dem anonymen Murren. Wenn wir die Würde des einzelnen auch dann achten, wenn wir seine Handlungen scharf attackieren, werden uns auch geharnischte Vorwürfe voranbringen.

In diesem Sinne seien hier erste Leserzuschriften auszugsweise veröffentlicht. Auf lebhafte Reaktionen hofft

Ihr
Ilja Seifert

Für ein Sozialgericht

Die Initiative zur Gründung eines DDR-weiten Behindertenverbandes findet meine Unterstützung. Bei uns in Schönebeck werden wir am 2. 2. 1990 eine erste derartige Zusammenkunft haben. Gern lade ich einen Vertreter aus Berlin dazu ein.

Aber zwei Dinge fehlen mir in Eurer bisherigen Konzeption: zum einen bin ich der Meinung, daß bei uns eine Sozialgerichtsbarkeit eingeführt werden müßte. Damit könnten Streitfälle im sozialen Bereich öffentlich erörtert und entschieden werden. Das würde vor willkürlichen Behördenentscheidungen schützen helfen. Zum anderen fordere ich energisch, daß das staatliche Sonderpflegegeld **erheblich** erhöht wird. Was soll uns unter heutigen und den absehbaren Preis-

verhältnissen ein Maximalsatz von 180,— Mark? Welchem Helfer kann man damit ein Äquivalent für seine schwere Arbeit geben? Hier ist rasches und konsequentes Handeln vonnöten.

Helmuth Hoffmann
3300 Schönebeck/Elbe

*

Für gemeinsame Wohn- und Arbeitssiedlung

Günstig wäre es m. E., wenn Behinderte verschiedener Schädigungsarten in einer Wohn- und Arbeitssiedlung gemeinsam leben würden. Sie könnten sich gegenseitig helfen und Mut machen. Warum sollte nicht ein Hörgeschädigter einen Blinden führen? Der Körperbehinderte könnte mit seinen Restfunktionen bestimmt ebenso nützlich sein. Notwendig wäre dazu allerdings ein **Gesamtverband.** Ich bin sicher, daß dadurch auch ohne große finanzielle Mittel, einfach durch die vielen Ideen der Behinderten selbst, für uns Erleichterungen geschaffen werden können.

Gerhard Döring
9200 Freiberg

*

Weiter so!

Auch wenn ich aus gesundheitlichen Gründen nicht an Euren strapaziösen Versammlungen teilnehmen kann, verfolge ich doch mit Sympathie und Freude Eure Anstrengungen zur Gründung eines Behindertenverbandes. In meinem zweiten Buch äußerte ich ja einige Überlegungen zu einem solchen Verband. Vielleicht helfen sie Euch weiter, auch, wenn die konkreten Umstände heute anders sind?

Wilhelm Thom
1170 Berlin-Köpenick

(Hier sei die entsprechende Stelle zitiert: „Bei mir stellt sich nun die Frage, warum gibt es in unserer Republik keinen Verband der Geschädigten, mit den Sektionen für Blinde und Sehschwache, für Gehörlose und Gehörgeschädigte, für Bewegungsgeschädigte und für geistig geschädigte Bürger? Dieser Verband könnte unter einer einheitlichen Leitung stehen, die Vizepräsidenten könnten den einzelnen Sektionen vorstehen." Aus: „Mitten im Leben", S. 181)

*

Von oben herab?

Lieber Ilja, vor kurzem las ich in der WOCHENPOST (1/90) den Artikel über Dich und Deine Pläne für den Behindertenverband. Er war ganz gut, an manchen Stellen fand ich ihn aber etwas überheblich (so von oben herab). Ich hoffe, Du weißt, was ich meine. Schade jedenfalls, denn ich kann mir vorstellen, daß das vielleicht mehrere Leser gestört hat.

Elke Hagemeister
3301 Eickendorf

Selbsthilfegruppe

Als Vater eines komplexgeschädigten Mädchens im Alter von jetzt 5 Jahren sind mir die Probleme der Behinderten gut bekannt, und ich begrüße Eure Initiative sehr. Im Dezember 1989 erfolgte über einen ebenfalls betroffenen jungen Vater und mich der Aufruf zur Gründung einer „Selbsthilfegruppe für Behinderte" im Kreis Naumburg. Das Interesse an dieser Gruppe ist groß! Am 25. 1. 1990 erfolgt in Naumburg die „Konstituierung des Vorstandes" (terminus technicus) unserer Gruppe, auf der auch solche Fragen behandelt werden sollen, wie Ihr sie in Eurem Aufruf stellt. Ich würde Euch danach gern unsere Ideen/Vorschläge zuschicken und möchte gleichzeitig darum bitten, daß wir von Euch informiert werden, falls es Dinge gibt, die uns von Nutzen sein könnten. Wir wären an einer Integration bzw. Bildung eines Verbandes sehr interessiert!

Dr. Wolfgang Hahn
*
4800 Naumburg

Gesprächsrunden geplant

Ich bin kirchlicher Fürsorger im Berufsanerkennungsjahr. Ich bin mit in der Leitung einer Körperbehindertengruppe hier in Herzberg. Wir haben ein großes Treffen aller uns bekannten Körperbehinderten in und um Herzberg organisiert, wir rechnen mit etwa 200 Teilnehmern. Im Programm haben wir Gesprächsrunden zur aktuellen gesellschaftlichen Situation. Nun die Anfrage an die Mitglieder der Initiativgruppe: Wären Sie bereit, für etwa eine Stunde zu uns oder mit uns zu sprechen? Das Treffen findet am 9. 6. 1990 in Wildenhain bei Torgau statt. (9.30 Uhr bis etwa 16.00 Uhr)

Jörg-Stephan Vibrans
*
7930 Herzberg

Enthinderungstaxi

Wie Sie vielleicht wissen, ist Anfang der 80er Jahre ein Fahrdienst für Behinderte, der Telebus, in Berlin (West) eingeführt worden. Dieser Fahrdienst hat die Mobilität der Rollstuhlfahrer gefördert, doch lasten ihm einige Mängel an (Vorbestellung, Einbindungsfahrten, kein 24-Stunden-Einsatz). Um die Nachteile dieses Sonderfahrdienstes zu beheben und die Integration in die bestehenden Nahverkehrsmittel zu fördern, forderten die Betroffenen den flexiblen Einsatz von Taxifahrzeugen, was zum Telebus-Taxi-Mischsystem führte.
Die Taxifahrzeuge können jedoch keine Rollstuhlfahrer sitzend befördern, so daß wir (E-Taxi, Theta Weddig, Reinickendorfer Straße 50 a, 1000 Berlin [West] 65) uns zur Aufgabe gemacht haben, ein Fahrzeug entsprechend umzubauen und als Taxi einzusetzen. Mit der Fertigstellung des Prototyps wird im Sommer 1990 gerechnet.
Da anscheinend ein Mangel an Fahrzeugen für die Beförderung von Rollstuhlfahrern im Ostteil der Stadt besteht, wurde die Möglichkeit erörtert, ein E-Taxi zu spenden. Zum Auftreiben der nötigen Gelder benötigen wir möglichst bald die Bekundung Ihres Interesses an dem Fahrzeug. Ich kann das Projekt mit Zeichnungen des Umbaus auf der Basis des Citroen CX Break erläutern.
Ich würde mich über eine grenzüberschreitende Kooperation freuen.

Martin Maubach
1000 Berlin (West)

(Anmerkung der Redaktion: Vielleicht genügt diese Veröffentlichung vorerst, um unser Interesse deutlich zu bekunden? Möglicherweise schaffen wir es aus o. g. Gründen auch in den nächsten Wochen noch nicht, Ihnen einen „ordentlichen" Brief zu schreiben. Bis zum Sommer sollte das jedoch anders aussehen...)

Verfassung der DDR als Grundlage

Die Rollstuhl-Sportgruppe Rudolstadt-Saalfeld möchte die Bildung eines Behindertenverbandes unterstützen und aktiv am Aufbau und Wirken des Verbandes mitarbeiten. Im Statut sollten folgende Aussagen verankert sein:

1. Der Verband arbeitet auf der Grundlage der Verfassung der DDR.
2. Der Verband ist in seiner Arbeit nur der Verfassung und den Interessen seiner Mitglieder verpflichtet.
3. Die Mitgliedschaft ist unabhängig von Weltanschauung und von der Zugehörigkeit zu Parteien und Organisationen.
4. Bei Anerkennung des Statuts hat jeder Behinderte das Recht, Mitglied des Verbandes zu werden.
5. Jeder Bürger, der die Interessen des Verbandes unterstützt und das Statut anerkennt, kann Mitglied werden.
6. In die Vorstände des Verbandes kann jedes Mitglied bei einfacher Mehrheit gewählt werden.
7. In den Vorständen des Verbandes ist Parität zwischen Behinderten und anderen Mitgliedern verbindlich.
8. Bei groben Verstößen gegen das Statut oder Verletzung der Interessen des Verbandes ist der Ausschluß zwingend.
9. Über den Einsatz der finanziellen Mittel des Verbandes ist die Basis quartalsweise zu informieren.
10. Für alle Beschlüsse der Vorstände ist eine $^2/_3$-Mehrheit der Basis erforderlich.

Der Verband sollte sich durch Mitgliederbeiträge, die monatlich in einer Höhe von etwa 2,00 bis 5,00 M zu entrichten sind, selbst tragen. Eine teilweise oder völlige Finanzierung des Verbandes mit staatlichen oder Geldern von Organisationen und Parteien lehnen wir grundsätzlich ab. Die Einrichtung eines Spendenkontos wäre für uns eine akzeptable Variante der Finanzierung, wenn o. g. Vorschlag keine Mehrheit findet. Eine Kombination zwischen Beiträgen und Spenden würden wir auch akzeptieren.

Euer Vorschlag, sich schon jetzt mit konkreten Lösungsvorschlägen an staatliche Organe und gesellschaftliche Organisationen zu wenden, wird von uns seit längerer Zeit praktiziert. Leider sind die Ergebnisse unserer Bemühungen, gelinde gesagt, sehr dürftig.

Da die zuständigen Stellen die eingebrachten Vorschläge und Lösungswege nicht als konstruktive Zusammenarbeit begreifen, sondern darin eher eine **Belästigung** sehen, setzen wir uns für die Gründung eines starken und unabhängigen Behindertenverbandes mit aller Entschiedenheit ein!

Volkmar Ulrich
6800 Saalfeld

Vorschläge zur Verbandsarbeit
(Anm. d. Red.: Aus Platzgründen können wir hier leider nur die Punkte veröffentlichen und müssen die Erläuterungen weglassen. Aber auch so wird die Zielrichtung deutlich.)

1. Transportsystem für Rollstuhlfahrer
1.1. Stadtverkehr
1.2. Fernverkehr
2. Beseitigung baulicher Barrieren
2.1. öffentliche Gebäude
2.2. Wege, Straßen und Plätze
2.3. öffentliche Toiletten
2.4. öffentliche Telefonzellen
2.5. bevorzugte Versorgung Behinderter mit Privattelefonen
3. Öffentlichkeitsarbeit
4. berufliche Perspektiven
5. Wohnen Behinderter
5.1. Privatwohnungen
5.2. Heime
6. Rehabilitationsmittel
7. Urlaub

Neben der Bildung eines Behindertenverbandes sollte auch der Aufbau einer Hilfsorganisation (evtl. mit internationaler Unterstützung und Erfahrungsaustausch) in die Diskussion gebracht werden. Die Organisation müßte bezüglich der erwähnten Probleme Koordinierungsaufgaben übernehmen und die praktische Durchführung ermöglichen. So würde eine zu große Ämterhäufung und Unübersichtlichkeit vermieden werden.

Albrecht Uhlmann
Renate Wehner
Gunter Jähnig
Ursula Leipnitz
Leipzig

Kontakt zu Gleichaltrigen

Ich wurde am 2. Februar 1969 geboren. Seit meiner Geburt leide ich an einer spastischen Cerebralparese. Seit September 1987 mache ich Heimarbeit, die ich von der Rehawerkstatt Zittau bekomme. Ich lebe jetzt bei meinen Eltern und bin auf ihre Fürsorge und Hilfe angewiesen. Mich persönlich bewegen folgende Probleme:

1. Ich wünsche mir mehr Kontakt zu jungen Leuten meines Alters. In unserem Dorf habe ich zwar durch die Junge Gemeinde viele Freunde, aber z. B. ein Urlaub mit gleichaltrigen Gesunden und Behinderten wäre wunderbar, vielleicht auch international.
2. Ich warte schon über 2 Jahre auf einen leichten und schnell zusammenklappbaren Rollstuhl, den man ohne Probleme im Pkw transportieren kann und der schön aussieht.
3. Da der Einkauf im Rollstuhl immer Schwierigkeiten bereitet, würde ich die Einführung von Versandhäusern begrüßen.
4. Ich wünsche mir mehr Bekleidung für Behinderte bzw. Rollstuhlfahrer. Ein Problem für mich sind Regenbekleidung und modische knöchelhohe Schuhe.
5. Meine Invalidenrente von nunmehr 330 M und mein Verdienst durch die Heimarbeit von 3 Stunden täglich mit AT-Belohnung etwa 28 M monatlich sind sehr wenig. Ich fordere eine **Erhöhung der Rente.**
6. Für mich als Spastiker wäre ein warmes Bewegungsbad günstig.
7. Da für uns Behinderte das Fernsehen eine wichtige Informationsquelle ist, fordere ich, daß auch in unserer Gegend der Empfang von westlichen Sendern ermöglicht wird.

Antje Göbel
8801 Wittgendorf

*

Gegen Gewalt

Das Volk der DDR hat bewiesen, daß Probleme ohne Gewalt in friedlicher Weise gelöst werden können.

Gewalt durch den Menschen gegen den Menschen ist ohne Nutzen!

Gewalt erzeugt Gegengewalt!

Es gibt wahrlich genügend natürliche Umstände, bei denen Menschen Schaden zugefügt wird.

Zum Aufruf zur Gründung eines Behindertenverbandes der DDR:

1. Struktur:
   - — es sollte eine einfache, leicht überschaubare Struktur sein
   - — mit einem einfachen Leitungsaufbau
   - — zu organisieren evtl. ausgehend von den Stadtbezirksgruppen über Kreis-, Bezirks- zur DDR-Leitung
2. Grundsätze im Statut:
   - — Mitspracherecht der Behinderten muß bis in Entscheidungen der DDR-Leitung garantiert sein
   - — es ist der Friedenswillen zu betonen und die Völkerverständigung nach den Prinzipien der friedlichen Koexistenz
   - — der Verband muß Vertreter in den örtlichen Gremien zur Durchsetzung, Lösung seiner Probleme haben, dazu können Vertreter benannt werden
3. Finanzierung:

   Eindeutig durch Anerkennung des Staates, daß Behinderte Bestandteil der Bevölkerung sind, die gefördert und unterstützt werden
   a) aus dem Staatshaushalt
   b) aus Spenden
   c) nicht aus eventuellen „Mitgliedsbeiträgen", denn der Behinderte bezahlt ständig selbst durch seine Behinderung!!!
4. Arbeitsgruppen:

   entsprechend den Behinderungen:

   z. B.: — Blinde und Sehschwache
   - — Rollstuhlfahrer
   - — Gehörlose usw.

   oder nach dem Aufbau:
   - — Arbeit der Behinderten in der Gesellschaft
   - — Freizeitgestaltung und Erholung
   - — medizinische Betreuung usw.

Zur Zeit werden bei uns im Kreis in dieser Hinsicht die ersten Probleme schon angegangen.

Reinhard Gädtke
7980 Finsterwalde

Kontaktadressen

Aufgrund des regen Zuspruchs, den diese Veröffentlichung in Nr. 1/90 der STÜTZE fand, setzen wir hier die Publikationen von Kontaktadressen fort, die der Redaktion bisher bekannt sind:

- Innere Mission und Hilfswerk der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg „Arbeit mit Eltern geistig behinderter Kinder", Schönhauser Allee 141, PF 15, Berlin — 1058
- Selbsthilfegruppe „Eltern mit schwerstbehinderten Kindern" Herzberg, Inge Lehmann, Ludwig-Jahn-Straße 37, oder Ilona Gemeinhardt, Falkenberger Straße 26, Herzberg — 7930
- Initiativgruppe im Kreis Eberswalde, Klaus Morgenstern, Danckelmannstraße 14, Eberswalde-Finow — 1300
- Helga Schubert, Straße des Roten Oktober 9, Halle/Saale — 4070
- Betreuungsgruppe Multiple-Sklerose-Kranker (BMSK), Ingelore & Manfred Biernat, Steg 5/17-04, Halle/Saale — 4020
- „Aphasie-Vereinigung", Karl Gansel, Wilhelm-Pieck-Straße 57, Sondershausen — 5400
- Initiativgruppe Erfurt, Herr Nordhausen, Hubertusweg 46, Sondershausen — 5400
- Initiativgruppe Behindertenverband Karl-Marx-Stadt, Nordstraße 14, Karl-Marx-Stadt — 9002
  Kontaktpersonen für:
  Körperbehinderte: Matthias Zschocke (Tel.: 4 51 54)
  geistig Behinderte: Stefan Weber, Cervantesstraße 115 (Tel.: 7 33 93)
  psychisch Kranke: Frieder Böhme, Wilhelm-Weber-Straße 11
  chronisch Kranke: Christel Dudeck, Leninstraße 60 (Tel.: 4 51 54)
- MS-Gruppe, Gabriele Lobach, Bei der Hauptwache 3, Magdeburg — 3040
- Initiativgruppe Magdeburg, Dr. Kießig, Karl-Marx-Straße 232, Magdeburg — 3010 (Tel.: 3 30 12)
- Klub der Rollstuhlfahrer und Schwerstbehinderten Pasewalk, Th. Postleb, Baustraße 42, Pasewalk — 2100
- Elternkreis — Eltern behinderter Kinder, Dr. Petra Dinse, Platz der Freundschaft 12, Malchin — 2040
- Axel Wittmann, Unkel-Bräsig-Straße 15, Neubrandenburg — 2000 (Tel.: 69 04 57)
- Behindertenclub, Jörg Pfeiffer, Auguststraße 14, Rheinsberg/M. — 1955
- Elternkreis für Eltern mit geistig behinderten Kindern, Gesine Neubauer, Kirchenkreis Stralsund, Mönchstraße 5, Stralsund — 2300
- Elternkreis — Eltern mit schwerstbehinderten Kindern, Ilka Menin, Nr. 9, Niederhof — 2321
- Barbara Stötzer, Kleine Beerbergstraße 5, Suhl 6019 (Tel.: 4 05 72)

- Werner Henkert, An der Priessnitz 5, PF 19/11, Dresden — 8060
- Frank Ohmacht, Hoyerswerdaer Straße 25, Bernsdorf — 7702
- Elternkreis geschädigter Kinder und Jugendlicher, Neue Straße 9, Elstra — 8292
- AG im Katharinenhof geistig Behinderter, Großhennersdorf — 8701
- Helmut Sattler, Paul-Gebhardt-Straße 12, Lübben — 7550
- Behindertenkreis „Bunter Reigen", Innere Mission Döbeln, Terla Frank, Stiefelweg 1, PSF 0342, Roßwein — 7304
- Selbsthilfegruppe für Behinderte im Kreis Naumburg, Dr. Wolfgang Hahn, Straße der Völkerfreundschaft 30, Naumburg — 4800
- Bund der Diabetiker der DDR, Hilmar Pletat, Giselastraße 26, Berlin — 1130 (Tel.: 5 29 67 88)
- Initiativgruppe Schönebeck, Helmuth Hoffmann, Moskauer Straße, Schönebeck/Elbe — 3300 (Tel.: 6 63 37)
- Klub der Behinderten Parchim, Renate Wischnewski, Brunnenstraße 4, Parchim — 2850 (Tel.: 23 21)
- Selbsthilfegruppe der Behinderten Kreis Sternberg, Lothar Kleinnemann, Karl-Marx-Straße 33, Sternberg — 2720
- Club der Behinderten Kreis Belzig, Gunnar Neubert, Großstraße 27, Niemegk — 1824 (Tel.: 2 82 [d])
- Club der Behinderten Kreis Nauen, Matthias Fensky, Poetenweg 58, Falkensee — 1542 (Tel.: 47 18)
- Altenselbsthilfe „Graue Löwen", Haus der Demokratie, Bernhard-Göring-Straße 152, Leipzig — 7030
- Bezirksinitiative Leipzig, Günther Hahn, R.-Breitscheid-Straße 16, Oschatz — 7260 (Tel.: 23 89/80)
- Interessengruppe für MS-Betroffene und ihre Angehörigen, Karin Petzold/Birgit Rettner, Postamt 6, Berlin — 1170

zusammengestellt von
Kerstin Teßmann,
Ralph Loell und
Ilja Seifert

+++ nach Redaktionsschluß +++ nach Redaktionsschluß +++ nach Redakt

Demo vor dem Kino „International"

„Rückwärts laufen kann ich auch". Dieses Filmwerk über ein behindertes Kind wurde am 25. Januar im Berliner Kino „International" uraufgeführt, einem repräsentativen Bau, der durch eine Vielzahl von Treppen Gehbehinderten den Zugang verwehrt. Für die Mitglieder des Behindertenverbandes war das Anlaß zu einer Demo **„Gegen bauliche und geistige Barrieren — für zugängliche Menschen und Gebäude"** aufzurufen.

Und sie kamen, trotz ungünstigsten Wetters, Rollstuhlfahrer und weitere Behinderte, Verwandte, Freunde und Sympathisanten vereinten sich mit ihren Transparenten vor dem Kino, um auf ihre Probleme aufmerksam zu machen.

Vorher schon hatten sich die Filmschöpfer mit den Behinderten solidarisch erklärt und für Tontechnik gesorgt, um diese Kundgebung besonders wirksam machen zu können. Die Disziplin und die berechtigten Forderungen der Demonstranten, ihr Mut und ihr Optimismus weckten auch bei allen zufälligen Kinobesuchern großes Verständnis, sie reihten sich ein und besuchten erst nach Auflösung der Kundgebung die Veranstaltung. **E. S.**

Impressum

Herausgeber: Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit des Berliner Behindertenverbandes
Gesamtleitung: Dr. Ilja Seifert
Verlagsabsprachen: Ralph Loell
redaktionelle Mitarbeit: Martha Bogdanski, Hans-Reiner Bönning, Mario König, Dörthe Kränke, Ralph Loell, Daniela Reinhold, Heinz Wunderlich
Redaktionsschluß: 21. Januar 1990
Leserzuschriften: vorläufig an Ilja Seifert, Leipziger Straße 54, Berlin, 1080
Gesamtherstellung: Union Druckerei Berlin
(Wir danken dem CDU-Bezirksvorstand Berlin, der uns kurzfristig und großzügig seine Druckereikapazitäten sowie die nötigen Mittel zur Verfügung stellte, damit wir DIE STÜTZE 2/90 in eigener Verantwortung rasch herausbringen konnten.)